

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. Gregor Gysi
und der Gruppe der PDS
— Drucksache 13/6707 —**

**Stand der Umsetzung des deutsch-bulgarischen Rückübernahmeabkommens
und die Verwendung deutscher Finanzmittel zum Aufbau von Zentren
zur Aus- und Fortbildung zurückgekehrter Asylbewerber und ortsansässiger
bulgarischer Staatsangehöriger**

Am 9. September 1994 hat die Bundesregierung mit der bulgarischen Regierung ein Rückübernahmeabkommen und am 7. November 1996 ein ergänzendes Durchbeförderungsabkommen bezüglich Drittstaatsangehöriger abgeschlossen. 1992 vereinbarte die Bundesregierung mit der bulgarischen Regierung die Durchführung eines Pilotprojekts „zur Reduzierung der Migration aus Bulgarien“ (Drucksache 13/1047), im Rahmen dessen für etwa 20 Mio. DM drei Zentren zur Aus- und Fortbildung von aus Deutschland zurückgekehrten Asylbewerbern und von ortsansässigen bulgarischen Staatsangehörigen gefördert werden sollen.

1. Wie viele Personen hat Bulgarien seit Inkrafttreten des Rückübernahmeabkommens von der Bundesrepublik Deutschland zurückgenommen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Wie viele Personen hat Bulgarien seit Inkrafttreten des Durchbeförderungsabkommens auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland durchbefördert?

Bulgarien hat seit Inkrafttreten des Rückübernahmeabkommens (9. September 1994) 8 051 bulgarische Staatsangehörige zurückgenommen.

1994	1 469
1995	3 310
1996	3 272

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 28. Januar 1997 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Seit Inkrafttreten des Durchbeförderungsabkommens (7. Dezember 1996) hat Bulgarien fünf Drittstaatsangehörige durchbefördert.

2. Wie viele von Bulgarien aus der Bundesrepublik Deutschland zurückgenommene Personen haben nach Kenntnis der Bundesregierung in Bulgarien einen Asylantrag gestellt?

Wie viele dieser Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung als asylberechtigt anerkannt worden?

Das Rückübernahmeabkommen mit Bulgarien betrifft ausschließlich bulgarische Staatsangehörige, die in ihrem eigenen Land naturgemäß keinen Asylantrag stellen.

3. Wie viele von Bulgarien aus der Bundesrepublik Deutschland zurückgenommene Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung abgeschoben worden?

Bulgarien ist ein sicherer Herkunftsstaat i. S. d. § 29 a AsylVfG i. V. m. der Anlage II zu diesem Gesetz. Nach dem Abschluß ihres Asylverfahrens werden die bulgarischen Staatsangehörigen, da sie sich illegal in Deutschland aufhalten, abgeschoben. Dem Bundesgrenzschutz liegen keine Erkenntnisse darüber vor, ob von Bulgarien aus Deutschland zurückgenommene Personen in einen anderen Staat abgeschoben wurden.

4. Mit welchen Staaten hat Bulgarien nach Kenntnis der Bundesregierung seinerseits Rückübernahmeabkommen abgeschlossen (bitte mit Datum des Vertragsschlusses aufführen)?

Bulgarien hat nach Kenntnis der Bundesregierung mit folgenden Staaten Rückübernahmeabkommen abgeschlossen: Mit Polen (24. September 1993), Schweiz (18. Juli 1994), Slowakische Republik (18. September 1995), Griechenland (15. Dezember 1995), Litauen (10. April 1996), Frankreich (29. Mai 1996), Spanien (16. Dezember 1996).

5. Wo befinden sich die drei mit deutschen Mitteln betriebenen und geförderten Zentren zur Aus- und Fortbildung von aus Deutschland zurückgekehrten Asylbewerbern und von ortsansässigen bulgarischen Staatsangehörigen?

a) Wie ist der Stand des Aufbaus dieser Zentren?

b) Welche Unternehmen sind im Rahmen dieser Zentren tätig, und wie viele Aus- und Fortbildungsplätze bieten sie innerhalb welcher Branchen an?

Auf der Grundlage der Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung vom 25. September 1990 hat das Bundesministerium des Innern drei Aus- und Fortbildungszentren an den Standorten Pazardzik, Stara Zagora und Pleven errichtet. Zwei der Zentren sind seit einem Jahr in Betrieb. Das Zentrum in Pleven wurde im Ok-

tober 1996 eröffnet. Die Zentren bieten im Jahr etwa 800 Ausbildungsplätze an. Das Ausbildungsangebot gliedert sich wie folgt auf:

Aus- und Fortbildungszentrum Pazardzik:	Bürokaufmann, CNC-, CAD-, EDV-Fachkraft.
Aus- und Fortbildungszentrum Stara Zagora:	KFZ-Mechaniker, Landmaschinen- mechaniker, Metallbauer, Gas- und Wasser- installateur, Heizungs- und Lüftungsbauer.
Aus- und Fortbildungszentrum Pleven:	Maurer, Tischler, Zimmerer, Beton- und Stahl- betonbauer, Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Stukkateur.

An allen drei Zentrumsstandorten wird eine Existenzgründerberatung durchgeführt.

6. Wie viele aus Deutschland zurückgekehrte Asylbewerber haben in einem dieser Zentren einen Aus- oder Fortbildungsplatz gefunden?
Wie viele ortsansässige bulgarische Staatsangehörige haben in einem dieser Zentren einen Aus- oder Fortbildungsplatz gefunden?

Seit Januar 1996 sind in den Zentren Stara Zagora und Pazardzik 788 Personen ausgebildet worden, darunter vier Rückkehrer. In dem Zentrum Pleven werden seit Anfang Januar 1997 34 Personen ausgebildet.

7. Inwieweit hat der Betrieb dieser Zentren zur „Reduzierung der Migration aus Bulgarien“ (Drucksache 13/1047) nach Auffassung der Bundesregierung beigetragen?

Die Aus- und Fortbildungszentren stellen einen wesentlichen Bestandteil der Hilfe der Bundesregierung für Südosteuropa dar. Alle Maßnahmen im Rahmen des Transform-Programms verfolgen den Zweck, die Lebensverhältnisse der Menschen in diesen Ländern zu verbessern und dadurch auch die Migration, deren Hauptursache die fehlende berufliche und wirtschaftliche Perspektive der Menschen in diesen Ländern ist, wirksam zu bekämpfen.

8. Welchen Betrag (in DM) hat die Bundesregierung für den Betrieb dieser Zentren bislang überwiesen?
- a) Zu welchen Zwecken wurden diese Mittel konkret verwandt?
 - b) Hat die Bundesrepublik Deutschland auch personelle Unterstützung für den Aufbau und Betrieb dieser Zentren geleistet?

Das Bundesministerium des Innern hat bis Ende 1996 für das Rückkehrförderungs- und Reintegrationsprogramm 22,578 Mio. DM verwendet. Davon wurden 12,875 Mio. DM für Beratungsleistungen, 7,381 Mio. DM für Investitionen und 2,322 Mio. DM für den laufenden Betrieb der Zentren ausgegeben. Für das Jahr 1997 sind weitere 5,472 Mio. DM vorgesehen.

Das Bundesministerium des Innern hat keine personelle Unterstützung für den Aufbau und den Betrieb der Zentren geleistet, die über die Projektsteuerung und -kontrolle hinausgeht.